

AUSTRALIEN

Gewerkschaftsmonitor

Oktober 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Die australische Regierung wird seit Mai 2022 von der Arbeitspartei (*Australian Labor Party* – ALP) gestellt. Premierminister Anthony Albanese wurde beim letzten Urnengang im Mai 2025 mit überragendem Ergebnis wiedergewählt und regiert nun mit einer historisch starken Mehrheit von 94 Sitzen im 150-köpfigen Unterhaus (*House of Representatives*). Im Oberhaus (*Senate* – 76 Sitze) ist die Regierung (29 Sitze) aber wie schon zuvor auf Zusammenarbeit mit anderen politischen Lagern angewiesen, was Handlungsspielräume einschränkt. Eine Mehrheit ist für progressive Politikansätze durch Zusammenarbeit mit den Grünen (zehn Sitze) möglich, doch sind die politischen Positionen in vielen Feldern nur bedingt kompatibel. Gleichwohl: Nach neun Jahren unter drei konservativen Premierministern in Canberra (2013-22) dominiert nun wieder klar die Arbeitspartei das politische Geschehen im australischen Commonwealth.

In den Bundesstaaten und -territorien ist Labor bereits seit längerem klar im Vorteil: Die ALP stellt die Regierungen in New South Wales, Victoria, Western Australia und South Australia sowie im Hauptstadtterritorium; nur im drittgrößten Bundesstaat Queensland sowie im kleinen Tasmanien und dem dünn besiedelten Northern Territory stellt das konservative Lager die Regierungen. Die aktuelle Dominanz von Labor wirkt längerfristig stabil, denn auf Oppositionsseite präsentiert sich die seit Jahrzehnten bestehende konservative Dauerkoalition (*Coalition*) der größeren Liberal Party mit der kleineren, im ländlichen Raum verankerten National Party seit den letzten Wahlen als wenig geschlossen – eine grundlegende programmatische Neuaufstellung ist vonnöten und wird voraussichtlich Zeit brauchen. Zudem haben sich im Mitte-Rechts-Bereich des australischen Parteienspektrums eine ganze Reihe unabhängiger Abgeordneter nun bereits bei zwei Urnengängen erfolgreich behaupten können; hier könnten vor allem innerstädtische, moderat konservative Wähler_innen auch dauerhaft eine politische Heimat finden.

Trotz des historisch herausragenden Wahlergebnisses für Labor war diese politische Entwicklung keineswegs vorgezeichnet. Natürlich hat sich Labor den letzten Sieg durch handwerklich sauberes Regieren, interne Geschlossenheit und ansprechende Politikangebote ehrlich erkämpft. In global äußerst dynamischen Zeiten haben Anthony Albanese und sein Team aber auch erkennbar von der Verunsicherung profitiert, die mit der zweiten Trump-Präsidentschaft in den USA einhergeht. In großer Mehrheit lehnen die Australier_innen die als unberechenbar empfundenen Politikansätze aus dem Weißen Haus ab; die wachsende politische und gesellschaftliche Polarisierung in den USA wird als bedenklich und wenig nachahmenswert empfunden, und die außen- und sicherheitspolitischen Positionierungen, die selbst lange gewachsene und gepflegte Allianzen infrage zu stellen scheinen, sorgen für große Verunsicherung. Labor ist es gelungen, die Sorgen in der Bevölkerung vor ähnlichen Entwicklungen im eigenen Land in Wählerstimmen umzumünzen. Gleichzeitig blieb die Kritik an Washington öffentlich stets verhalten, um nicht pragmatische Lösungen vor allem für die handelspolitischen Differenzen zu verbauen und die seit Ende des Zweiten Weltkriegs fest etablierte sicherheitspolitische Allianz mit den USA nicht über Gebühr zu gefährden.

Gesellschaftspolitisch hatte Premierminister Albanese 2023 allerdings einen beachtlichen Dämpfer hinnehmen müssen. Durch ein verfassungsänderndes Referendum sollte ein parlamentarisches Beratungsgremium für Belange der indigenen Minderheit etabliert werden (*„An Indigenous Voice to Parliament“*, kurz: *The Voice*), doch dies wurde nach einer stark polarisierten Kampagne von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Dies hat die Emanzipationsagenda langfristig zurückgeworfen. Indigene Australier_innen (ca. drei Prozent der Bevölkerung) bleiben in nahezu allen sozialen und wirtschaftlichen Belangen deutlich abgehängt; Abhilfe ist kaum in Sicht. Innenpolitisch sind in der laufenden Legislatur keine vergleichbar grundlegenden Projekte auf der Tagesordnung. Trotz gelegentlicher interner Kritik wird Labor auch die äußerst rigide Abschottungspolitik gegenüber Bootsgeflüchteten aufrechterhalten und hat erst jüngst eine weitere Vereinbarung

mit Nauru zwecks dauerhafter Abschiebung nicht repatriierbarer abgelehnter Asylbewerber_innen geschlossen.

Die entscheidende außenpolitische Herausforderung für Australien betrifft den Umgang mit der Volksrepublik China und die künftige sicherheits- und verteidigungspolitische Rolle der USA in der indo-pazifischen Region. Viele Jahre hat Canberra sehr erfolgreich zwischen seinem mit Abstand größten Handelspartner – China – auf der einen Seite und seinem engsten Sicherheitspartner – den USA – auf der anderen Seite seine Interessen ausbalancieren können. Als jedoch das Verhältnis zur Volksrepublik wegen Pekings Ausgreifen in der Region und nachweislicher Einmischung in die australische Politik immer kühler wurde und dann im Streit über COVID im Jahr 2020 komplett einfror, hat Canberra sich unter Albaneses Vorgänger Scott Morrison sehr viel stärker Washington zugewandt. Am deutlichsten sichtbar wurde dies durch den AUKUS-Pakt vom September 2021, der eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungstechnologie und insbesondere den Erwerb nukleargetriebener U-Boote durch Australien in Kooperation mit dem Vereinigten Königreich und den USA vorsieht.

Die Labor-Regierung setzt das Mega-Projekt trotz mancher Kritik in den eigenen Reihen fort, ebenso wie eine immer engere technische und operative Verzahnung mit den US-Streitkräften. Zwar gelang es der Labor-Außenpolitik, gleichzeitig auch das Verhältnis zu Peking wieder zu stabilisieren. Offen bleibt dabei jedoch die Frage, ob und in welcher Form chinesisches Kapital und Technologie bei der Umsetzung industriepolitischer Ambitionen Canberras künftig genutzt werden können. Manche Beobachter halten eine solche Zusammenarbeit für unabdingbar, aber Sicherheitsrisiken, sowohl in Form neuer wirtschaftlicher Abhängigkeiten als auch durch möglicherweise manipulierbare Infrastruktur, sind nicht von der Hand zu weisen. Der schwelende Konflikt zwischen den Supermächten erschwert somit in Australien die Planungen und damit ein Kernstück von Labors Agenda für die laufende Legislaturperiode – die Steigerung der Produktivität.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Dreißig Jahre in Folge war die australische Wirtschaft nach den tiefgreifenden und sehr erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzreformen der Labor-Premierminister Bob Hawke und Paul Keating ab Anfang der 90er Jahre gewachsen; nicht einmal die Globale Finanzkrise konnte dies in Zeiten des Bergbaubooms verhindern. Doch die zunächst durch COVID und dann durch Russlands illegalen Angriffskrieg in der Ukraine ausgelösten Einbrüche haben schließlich deutlich werden lassen, dass selbst „the Lucky Country“ nicht vor geo-ökonomischen Verwerfungen gefeit ist. Dazu kommt, dass zumindest im Bereich fossiler Energieträger das äußerst lukrative australische Rohstoffexportmodell mit klimapolitischen Notwendigkeiten kollidiert. Neben Eisenerz (24 Prozent) sind Kohle (elf Prozent) und seit 2010 auch LNG (8,5 Prozent) Australiens größte Exportposten; sie spülen nicht nur Geld in die Wirtschaft und die Staatskasse, sondern sind auch geostrategisch wichtige Währung für die Gestaltung der Beziehungen zu den großen nordostasiatischen Volkswirtschaften – China, Japan und Korea. Auch wenn die

CO₂-Emissionen den Verbraucherländern und nicht den Exporteuren zugerechnet werden, gerät die Rolle der Förderländer in den internationalen Klimaverhandlungen immer öfter kritisch in den Blick. Für die australische Labor-Regierung ist dies auch bei der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik ein zunehmend bedeutsamer Faktor.

Ziel der Regierung ist, dass sich Australien auch in einer klimapolitisch notwendigen „Net-Zero“-Zukunft seinen großen Wohlstand erhalten kann. Die Voraussetzungen dafür sind grundsätzlich sehr günstig, denn neben den fossilen Energieträgern verfügt das Land auch über die nötigen Rohstoffe für eine emissionsfreie Energieerzeugung und -speicherung: Wind und Sonne sind ebenso im Überfluss vorhanden wie die kritischen Minerale, die für Batterien und viele weitere Nutzungsmöglichkeiten in der Hochtechnologie benötigt werden. Die im Mai 2024 von Schatzkanzler Jim Chalmers vorgestellte und inzwischen auch gesetzlich verankerte „Future Made in Australia“-Industriepolitik stellt daher genau auf diese Bereiche ab, um mittel- und langfristig Alternativen für den Rohstoffabbau und -export zu schaffen und dabei gleichzeitig die industrielle Wertschöpfung im eigenen Land zu erhöhen: Die eigene Verarbeitung seltener Erden und anderer kritischer Minerale, Batterieproduktion; grünes Eisen/grüner Stahl, Wasserstoff u. v. m. sollen im Wesentlichen durch großzügige Subventionen bzw. Steuernachlässe bei entsprechenden Investitionen der Unternehmen gefördert werden.

Dass eine solche Umstellung mit großen Herausforderungen einhergeht, versteht sich von selbst. Gerade für eine Labor-Regierung ist dabei die sozial gerechte Gestaltung des Übergangs („Just Transition“) eine besondere Verantwortung. Nicht zuletzt dafür wurde 2024 mit der *Net Zero Economy Authority* eine neue Bundeskörperschaft ins Leben gerufen, die betroffene Gemeinden und Regionen bei der Gestaltung des Übergangs beraten kann und in deren Aufsichtsrat aktive und ehemalige Gewerkschaftsführer_innen eine gewichtige Rolle spielen. Die Herausforderung liegt aber nicht nur im unweigerlichen Strukturwandel in besonders betroffenen Regionen, wie zum Beispiel am Kohlestandort Hunter Valley nordwestlich von Sydney, also einem Labor-Kerngebiet, sondern auch viel breiter die Frage der Energiepreise, deren beachtlicher Anstieg insbesondere sozio-ökonomisch benachteiligte Schichten der Bevölkerung zu belasten droht. Des Weiteren ist die Umsetzung einer solchen industriepolitischen Agenda mit anderen, potenziell kontroversen Politikfeldern mehr oder weniger direkt verknüpft. An erster Stelle ist hier die Migrationspolitik zu nennen. Seit vielen Jahrzehnten haben australische Regierungen beider Couleur auf einen ständigen beachtlichen Zuzug ausländischer Fachkräfte gesetzt, um das Wirtschaftswachstum zu stützen und Defizite in den chronisch unterfinanzierten technischen Ausbildungssystemen (*TAFE – Technical and Further Education*) zu kompensieren. Im Jahr 2023/24 betrug der Netto-Bevölkerungszuwachs durch Migration fast 450.000 Personen. In den vergangenen Jahren sind dabei zunehmend die Konsequenzen für die soziale Infrastruktur und den Wohnungsmarkt in den Blick geraten.

Auch wenn nicht alle Unterstellungen der negativen Einflüsse von Migration genauerer Überprüfung standhalten, geht damit

ein höherer Rechtfertigungsdruck bezüglich der Fachkräftemigration einher, der politisch nicht ignoriert werden kann. Ebenfalls zu beachten bleibt, dass auch andere Wirtschaftsfelder wachsenden Arbeitskräftebedarf haben, wie etwa im Bereich der Gesundheits- und Pflegedienstleistungen. Die seit Anfang der 2000er Jahre ohnehin durchgehend niedrige Arbeitslosenrate ist nach einem kurzen Anstieg während der Pandemie post-COVID wieder gesunken und liegt aktuell um vier Prozent. Die mit diesen Faktoren verbundenen Abwägungen bezüglich der bestgeeigneten Größenordnung für den Netto-Zuzug nach Australien müssen daher verschiedene mögliche Zielkonflikte im Blick behalten. Emotional besonders aufgeladen sind dabei die Engpässe am Wohnungsmarkt, die auch im letzten Wahlkampf eine sehr herausgehobene Rolle gespielt haben. Für junge Familien ist der typisch australische Traum vom Eigenheim zurzeit kaum zu realisieren. Dies liegt an einer besonders ungünstigen Kombination von Angebotsknappheit und hohen Immobilienfinanzierungskosten. Dabei ist zu bedenken, dass in fast keinem anderen Land der Welt Leitzinsentscheidungen der Zentralbank einen so unmittelbaren Einfluss auf die verfügbaren Einkommen haben wie in Australien. Hypothekendarlehen werden in aller Regel mit flexiblen Zinssätzen abgeschlossen. Leitzinssteigerungen werden von den vier Großbanken, die in Australien ein erschütternd effizientes Oligopol bilden, unmittelbar an die Kunden weitergereicht. Vermieter können solche Mehrkosten angesichts eines flexiblen Mietrechts ihrerseits abwälzen. Aufgrund der hohen Inflation der Jahre 2022-24 liegt der Leitzins noch immer bei 3,6 Prozent und sorgt für fortgesetzt hohe Hypothekenzinsen.

Mit Blick auf das knappe Wohnraumangebot hatte Labor in der Vergangenheit vorgeschlagen, die Abschreibungsregeln für Zweitimmobilien zu ändern, damit der Markt sich stärker für Neueinsteiger öffnen kann. Angesichts der großen Rolle, die Immobilieninvestition für die Altersvorsorge vieler Australier_innen spielen, kamen diese Vorschläge aber nicht gut an und mussten verworfen werden. In der laufenden Legislaturperiode will Labor nun stattdessen den Wohnungsbau direkt ankurbeln: 1,2 Millionen neue Häuser/Wohneinheiten sollen in den nächsten fünf Jahren entstehen, davon 55.000 im Segment Sozialer Wohnungsbau und 100.000 reserviert für Erstkäufer_innen. Staatliche Mittel sollen dabei auch ganz wesentlich in die schnellere Erschließung der Infrastruktur für neue Wohngebiete fließen; zudem sollen die Bauregularien stark vereinfacht werden.

Dass die Lage dennoch auf absehbare Zeit angespannt bleiben wird, hat auch mit den seit über zehn Jahren zu langsam wachsenden Nominal- und Reallöhnen in Australien zu tun, die den finanziellen Handlungsspielraum gerade auch junger Arbeitnehmer_innen verringern. Die Gründe sind vielfältig, aber ausgelöst wurde der Wachstumseinbruch bei den Löhnen durch die restriktivere Arbeitsgesetzgebung nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die *Coalition* unter Premierminister Abbott im Jahr 2013. Im vorangegangenen Zeitraum 2001-2012 waren die Löhne im Schnitt pro Jahr um 4,4 Prozent gewachsen, zwischen 2013 und 2021 dagegen nur noch um 2,2 Prozent. Seit Regierungsübernahme durch Labor beginnt sich die Situation langsam wieder zu verbessern, wobei zu bedenken bleibt, dass zuletzt realisierte stärkere

Lohnsteigerungen durch die ebenfalls gestiegenen Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden. Der Mindestlohn, der in Australien durch die sogenannte *Fair Work Commission* (s. u.) festgelegt wird, ist zuletzt ebenfalls kräftiger gestiegen als in den konservativen Regierungsjahren und liegt jetzt bei knapp 24,95 AUD (rd. 14,30 Euro; 2010: 15 AUD, 2020: 19,84 AUD).

Mit Blick auf die Einkommensverteilung liegt Australien im Mittelfeld der OECD-Länder. Zuletzt war die Ungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizienten (2022: 0,32), weiter leicht angestiegen; lediglich die beachtlichen Transferzahlungen vor allem an untere Einkommensgruppen während der COVID-Pandemie hatten diesen langjährigen Trend kurz unterbrochen. Insgesamt bleibt Australien auf den vordersten Rängen bei nahezu allen üblichen Wohlstandsindikatoren. Das G20-Land ist mit nur 26 Millionen Einwohner_innen die vierzehnt-größte Volkswirtschaft der Welt, gemessen am (nominalen) Bruttoinlandsprodukt. Auf der Rangliste des Index der menschlichen Entwicklung (HDI) liegt Australien nach Daten von 2023 an siebter Stelle.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die arbeits- und tarifrechtlichen Regularien in Australien sind komplex und waren über die letzten Jahrzehnte auch immer wieder beachtlichen Veränderungen unterworfen. Seit 2009 ist das gesetzliche Kernelement der sogenannte *Fair Work Act*. In der Regierungszeit des Labor-Premierministers Kevin Rudd ersetzte dieses Gesetz die auf Arbeitnehmerseite ungeliebten sogenannten „*Work Choices*“ Regeln, mit denen Rudds konservativer Vorgänger John Howard 2005 den zuvor geltenden *Industrial Relations Act* (1996) reformiert hatte und die insbesondere den bestehenden Kündigungsschutz unterminierten.

Der *Fair Work Act* etabliert die landesweiten Mindeststandards für arbeitsvertragliche Abmachungen, die *National Employment Standards* (NES) in Sachen Arbeitszeiten, Überstundenausgleich, Urlaubsanspruch, Krankentage, Kündigungsschutz und -fristen, Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz, Gesundheits- und Arbeitsschutz, und – vergleichsweise sehr restriktiv – für das Streikrecht (s. u.). Ebenfalls im *Fair Work Act* geregelt ist die jährlich angepasste Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns durch die *Fair Work Commission* (FWC). Die FWC ist als unabhängige Behörde beim Attorney General angesiedelt, die Mitglieder werden von der Generalgouverneurin Australiens auf Regierungsempfehlung hin ernannt. Daneben gibt es auch noch die Institution des *Fair Work Ombudsman*, wo Informations- und Bildungsmaterial zum geltenden Arbeitsrecht nachgehalten werden und die Einhaltung der Mindestlohnvorgaben überwacht wird.

Eine der Hauptaufgaben der *Fair Work Commission* besteht in der Etablierung und Fortschreibung sogenannter *Modern Awards*, bei denen es sich um eine Art Manteltarifverträge handelt, die die Arbeitsstandards und Mindestvergütung für einzelne Industrie- und Beschäftigungszweige regeln, wobei die nationalen Mindeststandards (NES) natürlich nicht unterschritten werden können. Zurzeit gibt es in Australien rund 120 dieser *Modern Awards*, die zwar nicht alle, aber doch sehr viele

Tätigkeiten und Beschäftigungsfelder grundsätzlich abdecken. Um sie ins Leben zu rufen oder abzuändern, wird ein Antrag bei der *Fair Work Commission* gestellt. Die fraglichen Standards und Vorgaben für die Arbeitsbedingungen werden dann auf Grundlage entsprechender Eingaben der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, Rechtsexperten und anderer interessierter Stellen abgewogen und durch die FWC entschieden. Die weit überwiegende Mehrzahl australischer Arbeitnehmer_innen hat Arbeitsverträge, die auf dem *Award-System* fußen.

Die FWC hat aber auch die Aufgabe, sogenannte *Enterprise Agreements*, also unternehmensbezogene Tarifverträge, die zwischen Gewerkschaften und Unternehmen verhandelt werden, zu prüfen und zu billigen. Rund 2,8 Millionen Arbeitnehmer_innen, d. h. rund ein Fünftel der Arbeitnehmer_innenschaft, sind von solchen echten Tarifverträgen erfasst; noch 2022 waren es nur 1,8 Millionen. Dieser sehr signifikante Anstieg der letzten Jahre ist den Reformen der Labor-Regierung in Albaneses erstem Regierungsjahr zu verdanken. Nach dem Wahlsieg 2022 hatte Labor eine ganze Reihe Verbesserungen im Arbeits- und Tarifrecht und beim Mindestlohn durchsetzen können. Mit dem *Secure Jobs, Better Pay Act* und dem *Closing Loopholes Act* ist es gelungen, dass deutlich mehr Beschäftigte als bisher unter mit Gewerkschaftsbeteiligung verhandelte tarifvertragliche Regelungen fallen, wie zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung und am Bau, also Bereichen, die von zahlreichen kleinen Unternehmen dominiert werden, die sich solchen Abmachungen zuvor leichter entziehen konnten. Hier greifen seit 2023 sogenannte *Multi-Employer Agreements*, und allein durch dieses Instrument kamen in den letzten zweieinhalb Jahren 200.000 zusätzliche Beschäftigte in den Genuss besserer Arbeits- und Lohnbedingungen. Labor-Regierung und Gewerkschaften können geltend machen, dass dies für die Arbeitnehmer_innen auch zu signifikant höheren Lohnzuwächsen im Vergleich zu Beschäftigten im *Award-System* führt. Oder, um es mit der Generalsekretärin des Gewerkschaftsbunds ACTU, Sally McManus zu sagen: „*Wenn die Gewerkschaft verhandelt, springen 4,2% Lohnerhöhung raus, ohne Gewerkschaft sind es nur 3% (...). Es gab nie eine bessere Zeit, um der Gewerkschaft beizutreten.*“

GEWERKSCHAFTEN IN AUSTRALIEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die frühen Anfänge kollektiver Bemühungen um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen reichen bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurück. 1854 kam es im Kontext des australischen Goldrauschs zu organisierten Protesten unter Bergarbeitern, die aber gewaltsam aufgelöst wurden. Später im selben Jahr gelang dann einer Vereinigung der Steinmetze die Durchsetzung des Achtstundentags durch organisierten Protest und Arbeitsniederlegungen. Dieser Erfolg wurde zur Keimzelle einer breiteren Bewegung zur Organisation der Arbeiterschaft in Australien, und ab den 1880er Jahren gab es zahlreiche gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, auch von Frauen, wie die 1882 gegründete Gewerkschaft der Schneiderinnen (*Tailoresses Union*). Aus diesen Arbeiterorganisationen ging dann 1891 auch die *Australian Labor Party* hervor. Immer

wieder gelangen australischen Arbeiter_innen in diesen frühen Jahren echte Durchbrüche, wie zum Beispiel der weltweit erste gesetzliche Mindestlohn im Bundesstaat Victoria (1896), eine erste Entscheidung durch das Arbeitsschiedsgericht zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit (1902), und die Koppelung von Lohnzuwächsen an die Inflation (1921).

1927 wurde der *Australian Council of Trade Unions* (ACTU) als Dachorganisation gegründet. Wichtige Erfolge der Nachkriegsjahre waren die Einführung der 40-Stunden-Woche (1948) oder feste Vorgaben für bezahlten Urlaub (1963; 1970). Auch die umfassende gesetzliche Krankenversicherung (seit 1975 als *Medibank*, ab 1984 als *Medicare*) geht maßgeblich auf gewerkschaftlichen Druck zurück, ebenso wie der sukzessive Ausbau der steuerbegünstigten Pflichtbeiträge in die (private) Rentenversicherung – im heutigen System ab 1992 als sogenannte *Superannuation Guarantee* (das australische Rentensystem sieht die Pflichteinzahlung eines Betrags in Höhe von – seit Juli 2025 – zwölf Prozent des Bruttoarbeitslohns durch den Arbeitgeber in einen vom Arbeitnehmenden bestimmten privaten Rentenfonds vor. Mit einem Gesamtwert von 4,2 Billionen (!) AUD (2,35 Billionen Euro – Ende 2024) gehören die kumulierten australischen Einlagen zu den größten Altersversorgungsrücklagen der Welt).

Ambivalent ist die historische Rolle der australischen Gewerkschaftsbewegung mit Blick auf die Gleichbehandlung indigener Arbeiter_innen im Land. Die grundsätzliche gesellschaftliche Diskriminierung der indigenen Bevölkerung (Wahlrecht erst 1962) spiegelte sich auch im Umgang der Gewerkschaften mit den Rechten der Betroffenen wider. Bedeutsame Fortschritte gab es ab den späten sechziger und frühen siebziger Jahren in den Auseinandersetzungen über gleichen Lohn für indigene Farmarbeiter_innen im Northern Territory, die nach anfänglichem Zögern auch zunehmende Solidarität der Gewerkschaften erfuhren. Im internationalen Kontext, und spezifisch im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika, spielte der ACTU in den siebziger Jahren dann eine äußerst positive Rolle.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die australische Gewerkschaftslandschaft ist recht zersplittert; dazu kommt der stark ausgeprägte Föderalismus: Historisch gewachsene Verbandsstrukturen in den Bundesstaaten (und damit gelegentlich einhergehende Rivalitäten) tragen ebenso zu einer gewissen Unübersichtlichkeit bei wie die Konkurrenz mehrerer Verbände um die Vertretung von Beschäftigten im selben Sektor. Dennoch: alle bedeutenden Gewerkschaften sind Mitglieder im *Australian Council of Trade Unions* (ACTU), der zurzeit 38 Mitgliedsgewerkschaften umfasst und damit rund zwei Millionen Arbeitnehmer_innen im Land repräsentiert. Geführt wird der ACTU von Präsidentin Michele O’Neil (2018) und Generalsekretärin Sally McManus (2017); letztere ist die erste Frau in dieser Rolle. Der alle drei Jahre abgehaltene ACTU Congress mit rd. 800 Delegierten entscheidet über die Programmatik der Organisation.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeitnehmer_innenschaft in Australien lag in seiner Hochzeit in den

Tabelle 1:
Die größten australischen Gewerkschaften:

Name	Sektor	National Secretary	Gründung	Mitglieder
Australian Nursing and Midwifery Federation (ANMF)	Gesundheit	Annie Butler	1924	345.000
Shop, Distributive and Allied Employees' Association (SDA)	Einzelhandel	Gerard Dwyer	1908	200.000
Australian Education Union (AEU)	Bildung	Nicole Calnan	1984	190.000
United Workers Union (UWU)	Dienstleistungen	Tim Kennedy	2019	150.000
Australian Services Union (ASU)	Dienstleistungen	Emeline Gaske	1993	135.000
Construction, Forestry and Maritime Employees Union (CFMEU)	Baugewerbe u. a.	Paddy Crumlin*	1992*	125.000
Community and Public Sector Union (CPSU)	Öffentl. Dienst u. a.	Melissa Donnelly	1994	120.000
Health Services Union (HSU)	Gesundheit	Lloyd Williams	1991	110.000
Communications, Electrical and Plumbing Union (CEPU)	Elektro, Telekom u. a.	Allan Hicks	1919	105.000
Independent Education Union (IEU)	Bildung	Brad Hayes	1988	75.000
Australian Workers Union (AWU)	Verschiedene	Paul Farrow	1886	75.000
Transport Workers Union (TWU)	Transportsektor	Michael Kaine	1906	56.000
Australian Manufacturing Workers Union (AMWU)	Industrie	Steven Murphy	1972	55.000

* Paddy Crumlin ist Präsident der Gewerkschaft, die in den letzten Jahren mehrere Transformationen bezgl. ihrer Mitgliedschaft durchlaufen hat.

sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bei rund 60 Prozent, ist seitdem und insbesondere seit den 90er Jahren ähnlich wie in Deutschland und anderen vergleichbaren Ländern aber stark abgesunken. Heute sind noch etwa 13 Prozent der Arbeitnehmenden in Australien Gewerkschaftsmitglieder, und seit gut zehn Jahren ist unter weiblichen Beschäftigten der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder größer als bei den Männern. Dies liegt auch daran, dass in Berufszweigen mit hohem Frauenanteil wie Gesundheit und Bildung der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Belegschaften insgesamt noch vergleichsweise hoch ist.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Als gut etablierte und funktionierende Demokratie nach Westminster-Vorbild sind individuelle und Gruppenrechte sowie rechtsstaatliche Prinzipien in Australien sehr umfassend gewährleistet. Australien gehört zu den wenigen Ländern, die auch alle zehn grundlegenden Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert haben. Insoweit haben Gewerkschaften in Australien insgesamt sehr gute Arbeitsbedingungen. Wie auch die historische Entwicklung zeigt, waren dabei die Bedingungen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Vorstellungen in Zeiten von Labor-Regierungen in Australien stets deutlich günstiger, und entscheidende Fortschritte kamen in diesen Perioden zustande, maßgeblich in der Ära Hawke/Keating (1983–1996). Insbesondere Bob Hawke war auch als langjähriger Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes (1969-80) eine überaus einflussreiche Figur. Nicht selten mussten die Gewerkschaften sich umgekehrt gegen Versuche

konservativer Regierungen, das Rad progressiver Errungenschaften zurückzudrehen, zur Wehr setzen, wie etwa in den siebziger Jahren gegen Rückschritte im Krankenversicherungswesen, und in den frühen 2000er Jahren gegen die *Work Choices*-Gesetze von John Howard. Dieses Muster setzt sich bis heute fort. Es bedeutet aber keineswegs, dass Labor-Regierungen in Australien stets kritiklos mit der Gewerkschaftsbewegung umgingen. So setzte die Regierung Albanese im Juli 2024 nach Medienberichten über Korruption und anderes Fehlverhalten in der Bausparte der *CFMEU*, der Bau-, Forst-, Bergbau- und Energiearbeitergewerkschaft, trotz erheblicher Proteste eine Zwangsverwaltung durch; die Aufklärung der teils sehr erheblichen Anschuldigungen dauert weiter an.

Auffällig ist das in Australien eng reglementierte Streikrecht, das auch von der ILO hin und wieder als zu restriktiv charakterisiert wird: Nach australischem Recht sind Streiks ausschließlich während der Verhandlungsphase eines geplanten Betriebstarifvertrags (*enterprise agreement*) zulässig. Zu allen anderen Zeiten sind sie rechtswidrig, und Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften müssen bei Zuwiderhandlung mit rechtlichen Konsequenzen rechnen. Auch während der genannten Verhandlungsphase gibt es Einschränkungen, bzw. müssen eine ganze Reihe formaler Bedingungen erfüllt sein, damit ein geplanter Streik als „geschützter Arbeitskampf“ und damit rechtskonform eingestuft werden kann. Wenn diese Bedingungen nicht gegeben sind, drohen den Arbeitnehmer_innen und den Gewerkschaften schwerwiegende Konsequenzen: Arbeitgeber können u. a. Arbeitnehmer_innen disziplinieren oder entlassen, Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innen wegen Missachtung des Gerichts verklagen, wenn Anordnungen oder

einstweilige Verfügungen nicht genau befolgt werden, und sie auf hohe Geldstrafen verklagen und/oder Entschädigung für entgangene Einnahmen einfordern. In der Konsequenz kommt es in Australien nur äußerst selten zu Arbeitskampfmaßnahmen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Australische Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund engagieren sich auf breiter Front für die Belange ihrer Mitglieder. Dazu gehört an erster Stelle der Einsatz für angemessene Bezahlung, sei es durch Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite im Rahmen von Tarifverträgen oder durch Eingaben und Stellungnahmen bei der *Fair Work Commission* zur regelmäßigen Anpassung der betreffenden *Awards* (s. o.). Weiterhin gibt es laufende Bemühungen um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Ausweitung der Arbeitnehmer_innenrechte und -ansprüche in Reaktion auf soziale Härten, wie etwa beim Anspruch auf Freistellung zur Pflege von Angehörigen oder bei Fällen häuslicher Gewalt; hier gab es zuletzt 2022 bedeutsame Verbesserungen. Eine wichtige Rolle spielt auch der Einsatz für Verbesserungen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz; die erfolgreichen Gewerkschaftskampagnen für die Kompensation von Gesundheitsschäden durch Asbest Anfang der 2000er Jahre hatten diesbezüglich Leuchtturmcharakter. Außerdem reagieren die Gewerkschaften auf problematische Entwicklungen in der modernen Arbeitswelt und setzen sich erfolgreich für die Begrenzung von Zeitverträgen ein, ebenso wie für die bessere Wahrung von Rechten Arbeitnehmender in der Plattformökonomie. In der COVID-Krise setzten sich australische Gewerkschaften maßgeblich für die Schaffung des sogenannten *JobKeeper*-Programms ein, mit dem die Regierung die Fortbeschäftigung von Arbeitnehmenden durch Subventionszahlungen an die Unternehmen über einen Zeitraum von rund 18 Monaten 2020/21 unterstützte, kritisierte allerdings die Ausgestaltung im Detail, da verschiedene Beschäftigungstypen aus Gewerkschaftssicht grundlos ausgeschlossen waren. Auch für die angemessene Finanzierung der Arbeitslosenhilfe – seit März 2020 unter dem Begriff *JobSeeker* – setzen sich die Gewerkschaften regelmäßig ein. Angesichts des großen Drucks durch stark steigende Lebenshaltungskosten in den Jahren 2022–24 ließ der Gewerkschaftsbund eine Untersuchung zu Vorwürfen der Preistreiberi durch die dominanten Supermarktketten Coles und Woolworth durchführen. Im Ergebnis hat die Regierung im Oktober 2025 einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der solche Praktiken verhindern soll und nun in die parlamentarische Debatte gehen wird.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die australischen Gewerkschaften genießen trotz des erheblichen Rückgangs der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer_innenschaft in den vergangenen Jahrzehnten durch die engen Verbindungen in die ALP weiterhin enormes politisches Gewicht. Die große Mehrzahl der hoch- und höchstrangigen Labor-Politiker lässt sich mit einer Gewerkschaft assoziieren; viele hatten im Laufe ihrer Karriere zuvor

bedeutende Gewerkschaftspositionen inne: Das Paradebeispiel Bob Hawke wurde bereits oben genannt – nach elf Jahren als Generalsekretär des Gewerkschaftsbunds ACTU wurde er 1983 Premierminister. Einer seiner Nachfolger als ACTU Generalsekretär, Greg Combet, war von 2009-13 Minister in der Bundesregierung, gleiches gilt für die früheren ACTU-Präsidenten Martin Ferguson und Simon Crean. Der frühere Labor-Parteichef Bill Shorten leitete von 2001-2007 die Australian Workers Union.

In den einzelnen Bundesstaaten lassen sich viele ähnliche Verbindungen aufzeigen, und auch in der aktuellen Labor-Bundesregierung in Canberra sind mehrere ehemals hochrangige Gewerkschaftsfunktionäre vertreten, darunter Industrieminister Tim Ayres (zuvor Generalsekretär der AMWU in New South Wales) und der stellvertretende Premierminister Richard Marles (zuvor stv. Generalsekretär des ACTU). Hintergrund ist die enge Assoziation einzelner Gewerkschaften mit den traditionellen Pateiflügel der Labor-Partei in den Bundesstaaten, die dadurch bei der Vorauswahl (*pre-selection*) von Kandidat_innen in den einzelnen Wahlkreisen für die Bundes- oder Landtagswahlen ihren Einfluss geltend machen und eigene Mitglieder gezielt platzieren können. Vereinzelt war in den letzten Jahren zu beobachten, dass aus dem Gewerkschaftsmilieu auch Unterstützung für Positionen der Grünen Partei (*Australian Greens*) und deren Vertreter_innen laut wurde, aber unter dem Strich ist die enge Verbindung zwischen den Gewerkschaften und der Labor Party weiterhin ungebrochen und bildet den entscheidenden Hebel, um Gewerkschaftspositionen im australischen Politikbetrieb Geltung zu verschaffen.

Andreas Radtke, *Friedrich-Ebert-Stiftung, Canberra*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Franziska Richter,
Referentin für Gewerkschaftsarbeit in Asien,
Franziska.Richter@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.